

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Carl Föhrers Erben (Inh. J. W. Mohr) Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u. Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen, hat der Bezücker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl; amtlich 1 mm 30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. F. Föhrers Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 246

Dienstag, den 21. Oktober 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 23. Oktober 1930, abends 1/8 Uhr
im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung: I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlussfassungen: 1) Wahl von Schulausschussmitgliedern in den Verbandsberufsschulausschuss. 2) Wahl eines weiteren beratenden Mitgliedes in den Schulausschuss. 3) Mittelbewilligung für die Tiefbohrung des neuen Brunnens an der äußeren Schiefstraße von 70 bis 75 Meter. 4) Evtl. Anstellung einer 2. Hebamme betr. 5) Sacharbeiten am Holzhaus betr. 6) Versicherung der Bauverwaltung. III. Evtl. Anfragen und Anträge.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 20. Oktober 1930.

Karl Zimmermann, Vorsteher

Freitag, den 24. Oktober, vormittags 11 Uhr sollen im Restaurant zum Bürgergarten in Pulsnitz

2 Aktienfränke

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Die Vollstreckungsstelle beim Finanzamt

Mittwoch, den 22. Oktober 1930, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten:

1 Schreibmaschine (Remington), 2 Schreibpulte, 10 Zentner Roggen, 3 Sack Roggenmehl, 1 Eismaschine, 1 Mädelmaschine, 1 Kübel Backfett, 10 Büchsen Konserve, 1 Klavier, ca. 100 000 Meter Gurtrand

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 21. Oktober 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Young-Ausprache im Auswärtigen Ausschuss

Vorläufige Antwort Seldte an Hervé — Mac Fadden (England) für sofortige Herabsetzung der Youngzahlungen Entschliches Bergwerksglück bei Aachen

Im Reichstage trat Montag nachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) der Auswärtige Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Ausprache über die Genfer Völkerbundverhandlungen. Ferner waren die dem Ausschuss überwiesenen Anträge, die sich mit dem Young-Plan beschäftigen, auf die Tagesordnung gesetzt worden.

In diesem Zusammenhang ist die Zusammensetzung des neuen Auswärtigen Ausschusses von Interesse.

Der Auswärtige Ausschuss hat 28 Mitglieder. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten sieben, nämlich die Abgg. Dr. Breitscheid, Crispian, Dittmann, Dr. Hilferding, Müller-Franke, Scheidemann und Wels, auf die Nationalsozialisten sechs, nämlich die Abgg. Ritter von Epp, Dr. Fried, Göring, Hierl, Graf zu Reventlow und Rosenber, auf die Kommunisten vier, nämlich die Abgg. Münzenberg, Neumann, Krenn und Stöcker, auf das Zentrum drei, nämlich die Abgg. Dr. Raas, Dr. Marx und Ullrich, auf die Deutschnationalen zwei, nämlich die Abgg. Frhr. v. Freytag-Loringhoben und Dr. Eugenberg, auf die Deutsche Volkspartei einer, nämlich Abg. Dauch, auf das Deutsche Landvolk zwei, nämlich die Abgg. Dr. Gerete und Dr. Wendhausen, auf die Wirtschaftspartei einer, nämlich Abg. Drewnitz, auf den Christlich-Sozialen Volksdienst einer, nämlich Graf Westarp, und auf die Bayerische Volkspartei einer, nämlich Abg. Leicht. Bemerkenswert ist, daß infolge der Schlüsselung das Landvolk im Auswärtigen Ausschuss einen Abgeordneten mehr als die Deutsche Volkspartei hat. Von den 28 Ausschussmitgliedern verfügen die Regierungsparteien nur über sechs. Rechnet man hierzu die sieben Sozialdemokraten, dann sind 13 Abgeordnete im Ausschuss, die die Außenpolitik der Regierung unterstützen. Diefen stehen fünfzehn Abgeordnete der Opposition, die also über die Mehrheit verfügt, gegenüber. Selbst wenn man den Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes, was nicht unbedingt der Fall ist, zu den Regierungsparteien rechnet, ist das Stimmverhältnis 14:14, also Stimmgleichheit. Mit Stimmgleichheit gefaßte Beschlüsse gelten als abgelehnt.

Einspruch gegen die Vertagung des Reichstages.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Landvolkpartei hat in einer Fraktionsitzung Einspruch gegen die Vertagung des Reichstages erhoben und beim Reichspräsidenten sofortige Einberufung des Reichstages gefordert. Gleichzeitig wurde beschlossen, in persönlicher Ausprache des Vorstandes der Fraktion mit dem Reichstanzler und dem Reichspräsidenten diesen Schritt zu begründen. Die Fraktion sieht sich hierzu insbesondere dadurch veranlaßt, daß der Reichstag eine Reihe wichtiger Forderungen der Landwirtschaft zur Behebung der wachsenden Agarnot unerledigt gelassen hat.

Hierzu wird mitgeteilt: In der Reichstagsfraktion Deutsches Landvolk herrscht völlige Einmütigkeit in der Beurteilung des Kabinetts Brünning, dessen Abhängigkeit von der Sozialdemokratischen Partei nunmehr erwiesen sei. Die Fraktion sieht infolge dieser verstärkten Verbindung des jetzigen Kabinetts mit der Sozialdemokratischen Partei die Unmöglichkeit der Lösung der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Sinne der Landvolkauffassung.

Die Landvolkpartei bringt daher unter Aufrechterhaltung ihres Vertrauens gegen Minister Seldte ihre Forderung nach einer grundsätzlichen Umbildung des Kabinetts unter Berücksichtigung des Reichstagswahlergebnisses zum Ausdruck.

Vorläufige Antwort an Hervé

Hamburg, 21. Oktober. Auf einer Kundgebung des Jung Stahlhelms am Montag abend bei Saagebiel sprach Bundesführer Seldte. Er nahm Bezug auf die Artikel Hervés, die sich mit dem Stahlhelm beschäftigen und die auch als eine Auswirkung des Koblenzer Stahlhelmtages zu werten seien. Seldte erklärte, der Stahlhelm werde sich mit seiner Antwort nicht beilen, sondern sich diese erst in Ruhe überlegen. Wenn aber die Welt endlich zur Einsicht komme, dann sei auch der Stahlhelm bereit, mit dieser Welt zu sprechen. Dann möge anstelle des Wortes „Proletarier aller Länder vereint euch!“, das künstliche Wort lauten: „Frontsoldaten aller Welt, setzt euch zusammen und ordnet diese verquatschte Erde“ (draufender Beifall). Der Redner kam sodann auf Preußen zu sprechen. Er betonte, er fordere Preußen vom roten Marxismus zurück. Hierfür werde ein neues Volksbegehren vorbereitet. Weiter fordert der Stahlhelm die Auflösung des preußischen Landtages und eine Personalunion zwischen dem preußischen Staatspräsidenten und dem Reichspräsidenten. Dieser müsse den Auftrag erhalten, Minister selbst zu berufen oder abzurufen. Man solle auch einmal Frontsoldaten in das Kabinett berufen, die nicht das M. d. R. hinter ihrem Namen haben.

Mac Fadden für sofortige Herabsetzung der Youngzahlungen

London, 20. Oktober. Der Abgeordnete Louis Mac Fadden, der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Bank und Währungswesen hat dem Vertreter der New Yorker „Daily Investment News“ ein Interview gegeben. In diesem erklärte er, daß Deutschland einer schweren wirtschaftlichen Krise entgegengehe. Es müsse irgend etwas getan werden, um die Verhältnisse günstiger zu gestalten. Jetzt sei es Zeit, an diese Frage offen heranzugehen. Anleihen von ausländischen Banken, die dazu bestimmt wären, frühere Schulden abzuführen, bedeuteten nichts weiter, als eine Verzögerung. Ein Moratorium oder eine Herabsetzung der Youngzahlungen sei sofort notwendig. Da die Alliierten auf der vollständigen Zahlung der gegenwärtigen Reparationen beständen, so sei der einzige Ausweg, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine großzügigere Haltung zeigten.

Weiter scharfer Rückgang des Trinkbranntweinabfahes.

Die Reichsmonopolverwaltung hat den Ausweis über das vierte Quartal ihres Geschäftsjahres 1929/30 vorgelegt. Danach ergibt sich, daß der Trinkbranntweinabfah der Monopolverwaltung einschließlich des Absatzes der ablieferungsfreien Brennereien 495 000 Hektoliter betrug, gegenüber 556 000 Hektoliter im Vorjahr. Das bedeutet einen Rückgang um 40 Prozent.

Das Wichtigste

Am Montag hat der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Washington die angekündigte Unterredung mit Hoover und Mellon gehabt. Nach der Besprechung lehnte Dr. Schacht jede Ausprache mit den Pressevertretern ab.

Die letzten Meldungen aus dem Uberschwemmungsgebiet von Tarragona besagen, daß dort bisher 14 Tote und 20 Schwerverletzte geborgen sind. Die furchtbaren Regengüsse hören allmählich auf. Die Wasserfluten nehmen ab.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat die Regierung des Präsidenten Uruburu Strafverfolgung gegen den früheren argentinischen Präsidenten Frigoyen und das gesamte frühere Kabinett wegen finanzieller Mißwirtschaft angeordnet.

Nachrichten aus Kanton zufolge sollen bei einem Brande in Wufshan 650 Chinesen ums Leben gekommen sein. Der Brand entstand in dem Teehausbezirk der Stadt.

Nach der Vertagung.

Am späten Abend des Sonnabend wurden alle gegen die Regierung Brünning eingebrachten Mißtrauensanträge durch Annahme des Antrages zum Uebergang zur Tagesordnung mit 318 gegen 236 Stimmen abgelehnt.

Der Reichstag hat seine kurze Arbeit bereits mit Wochenende wieder geschlossen, er wurde bis zum 3. Dezember vertagt. Eine hitzige Dauer Sitzung beschloß diese kurze Tagungsperiode. Es kommt in der parlamentarischen Geschichte nicht oft vor, daß Sonnabend Sitzungen so lange ausgedehnt werden wie die letzte am 18. Oktober. Man ist sonst bemüht, Sonnabends früh Schluß zu machen, damit die Herren Reichsboten schnell nach Hause kommen, aber diesmal hieß es aushalten. Die Sitzung ging bis in die späte Nacht und verlief trotz ihrer Dauer nichts an Heftigkeit.

Der Vertagungsbeschluss des Reichstages begegnet in den Zeitungen der verschiedenen Parteirichtungen auch sehr verschiedener Aufnahme. Die Blätter der Parteien, die sich hinter die Regierung stellen, billigen die Beschlüsse. So nennt die „Germania“, das Blatt des Reichstanzlers Dr. Brünning, den Ausgang der Sonnabend Sitzung einen einwandfreien Sieg. Es stellt fest, daß die Notverordnungen, deretwegen der alte Reichstag der Auflösung verfallen sei, nicht aufgehoben worden seien. Dadurch, daß das Schuldenabsetzungsgezet angenommen sei, habe die Regierung freie Bahn für eine geordnete und ausgeglichene Haushaltswirtschaft. Durch die Vertagung des Reichstages sei der Regierung die Möglichkeit gegeben, in Ruhe und ohne Störungsversuche ihre Arbeit zu vollenden. — In der „Bosjischen Zeitung“ schreibt der frühere Reichsfinanzminister Reinhold: „Diese erste Woche des Parlaments hat gezeigt, daß die Regierung viel stärker ist, als es der Abgeordnetenzahl der hinter ihr stehenden Parteien entspricht. Der Minister nennt es einen „guten Auftakt für die große Aufgabe, die deutsche Vertrauenskrise für immer zu beenden und durch die Sanierung der Finanzen und der Wirtschaft wieder ein festes Fundament zu schaffen“. Auch das „Berliner Tageblatt“ nennt die Regierung Brünning den Sieger. Sie könne nun an ihre Reformarbeit gehen. — In derselben Linie liegen die Äußerungen anderer demokratischer Blätter, wie des „Berliner Börsen-Courier“ und der „Berliner Volkszeitung“. Aber auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einem „ersten bedeutenden Erfolg“ der Regierung und von einer erfreulichen Stärkung der Autorität.

Die Zeitungen der rechten Parteien, der Parteien also, die für die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett oder einzelne Minister stimmten, bedauern den Ausgang der ersten Sitzungsperiode des Reichstages. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“, der der Landwirtschafts-



minister Schiele nahesteht, schreibt: „Die parlamentarische Taktik hat damit den Sieg über die sachlichen Gründe davongetragen, die dringend für eine Klärung der Regierungsfrage auf der Grundlage des Wahlergebnisses vom 14. September sprechen. Diese Klärung wird nun also im Laufe der Verhandlungen über das Regierungsprogramm herbeigeführt werden müssen.“ — Die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß die Regierung Brüning „nicht mehr herausgeschlagen hat als eine bloße Atempause. Die rettenden Arme der Sozialdemokratie, in die sich das Kabinett geflüchtet hat, müssen es letzten Endes erdroffeln.“ Daß die Regierung durch das Abstimmungsergebnis vom Sonnabend trotzdem nicht fest im Sattel ist, ist die Auffassung aller Blätter der Rechten. So schreibt auch im „Berliner Lokal-Anzeiger“ Friedrich Hufong, es bestehe kein Zweifel, wenn auch mit den notwendigen Abstimmungen Rückzug und einstweilige Rettung der sozialdemokratischen Regierung in die Arme der Sozialdemokratie durchgeführt sind — daß auch die neue Stellung auf die Dauer gegen die nationale Flutwelle von rechts nicht standhalten werde. — Der „Wölkische Beobachter“, das führende Blatt der Nationalsozialisten, betont, daß die Quittung nicht ausbleiben werde und daß die Regierung nicht glauben solle, daß auch das Glend des deutschen Volkes vertagt werden könne. — Die „München-Augsburger Abendzeitung“ nennt die Frist der Regierung bis zum 3. Dezember eine „Galgenfrist“.

Interessant sind die Ausführungen des „Sozialdemokratischen Pressedienst“ insofern, als ja die Sozialdemokraten, obwohl sie Oppositionspartei sind, für die Regierung stimmten. Der Pressedienst erklärt, daß ein Sturz der Regierung Brüning in diesem Augenblick zu dem wirtschaftlichen Chaos noch das politische hinzugefügt hätte. Bemerkenswert der Satz, daß die Sozialdemokraten durch ihre Unterstützung „weder der Regierung Brüning Vertrauen ausgesprochen, noch dem in Aussicht gestellten Finanzprogramm ihre Zustimmung gegeben hätten.“

Ob der Reichstag, wie schon jetzt vielfach gefordert wird, noch vor dem 3. Dezember wird einberufen werden müssen, oder ob wir davorst keine Fortsetzung der offenen Kämpfe um die Regierung erleben werden, das wird schon die nächste Zeit ergeben. Wenn der Kampf noch im Reichstagsplenum abgebrochen ist, so wird er sich doch in den einzelnen Ausschüssen in unermüdeter Schärfe fortsetzen, wobei noch nicht ausgeschlossen ist, daß wir einige Uebererraschungen zu erwarten haben.

Vertilches und Sächsisches

— Oktobersommer. Nun kam auch der Oktobersommer zu seinem Recht. Ein herrlicher Frühlingssonntag lockte jung und alt hinaus ins Freie, in den strahlenden Sonnenschein, hinaus auf die Dörfer unserer Umgegend, denen der gute alte Petrus herrliches Kirnwetter beschert hatte. Wir haben z. B. einen sprichwörtlichen Oktobersommer, an dem die Tage und Nächte gleich schön sind; die Tage durch ihren warmen, heiteren Sonnenschein, die ruhige Luft, den ganzen Herbstzauber; die Nächte durch das sternklare Firmament, zu dem die abnehmende Mondichel goldalänzend niederstrahlt. Die Meteorologen versprechen zunächst Fortdauer dieser schönen Wetterlage. Doch wird man ihr immerhin keine allzulange Lebensdauer zumessen dürfen, da die starke Erwärmung im Westen zum langsamen Zerfall des Hochs und zur Bildung von Randwirbeln führen muß, die feuchtwarmer Tropikluft in das Innere des Kontinents tragen werden. Damit wird es, von Westen nach Osten fortschreitend, nach und nach zu Bewölkung, Regen und Abkühlung kommen. Der Zeitpunkt dieses Witterungswechsels läßt sich allerdings im Augenblick noch nicht bestimmen.

— Keine ausländischen Landarbeiter mehr. Der landwirtschaftliche Sachausschuß beim Arbeitsamt Zwickau hat einstimmig beschlossen, ausländische ländliche Wanderarbeiter für seinen Bezirk in den nächsten Jahren nicht mehr zuzulassen, da der an und für sich geringe Bedarf sicher aus dem Angebot einheimischer Arbeitskräfte gedeckt werden kann.

— Um die Orientierung für Luftfahrzeuge zu erleichtern und damit die Sicherheit des Luftverkehrs und des Sportfluges zu erhöhen, hat sich der Deutsche Luftfahrtverband in einem Schreiben an den Deutschen Städteverband gewandt. Darin wird gebeten, sich für die alsbaldige Anbringung der Ortsbezeichnung auf Dächern und freiliegenden Rasenflächen bei den angeschlossenen Städten einzusetzen. Die gleiche Bitte erging an das Reichspostministerium und die Reichseisenbahn, Ortsbezeichnungen auf Großgaragen und Postanstalten bzw. Bahnhöfen anzubringen. Die Vereine der DVB. sind gebeten worden, sich mit den genannten Stellen in Verbindung zu setzen und gemeinsam die Beschriftung der Dächer zu betreiben. Für die Art der Anbringung der Schriftzeichen sind vom Reichsverkehrsministerium Bestimmungen erlassen worden, die eine einheitliche Regelung sicherstellen.

— Wie ist die Urlaubsvergütung zu berechnen, wenn der Urlaub in eine Zeit der Kurzarbeit fällt? Eine Arbeitnehmerin der Somag-Werke AG., deren Urlaub in eine Zeit der Kurzarbeit fiel, hatte eine der verkürzten Arbeitszeit entsprechende Urlaubsvergütung erhalten. Sie behauptete, einen Anspruch auf eine der regelmäßigen Arbeitszeit entsprechende Vergütung zu haben, und erhob gegen die Firma Klage auf den Unterschied. Das Landesarbeitsgericht Dresden wies die Klage ab; es ging von der Erwägung aus, der Urlaub dürfe, von Ausnahmefällen insolge abnormer Verhältnisse — plötzlich eintretender Ereignisse — abgesehen, nicht mehr verdienen als der nicht beurlaubte Arbeitnehmer. Gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts Dresden legte die Klägerin Revision ein. Das Reichsarbeitsgericht (185/30 vom 18. 10. 30) wies die Revision der Klägerin zurück. Zur Begründung führte der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Degg, folgendes aus: Es handelt sich um die Frage, wie die Urlaubsvergütung zu berechnen ist, wenn der Urlaub in die Zeit der Kurzarbeit fällt. Maßgebend für die Entscheidung ist die tarifliche Regelung. Im Tarifvertrag heißt

es, daß der „jeweilige Stundenlohn“ fortzuführen ist, und das Landesarbeitsgericht ist davon ausgegangen, daß der Arbeitnehmer das zu beanspruchen habe, was er erhalten hätte, wenn er gearbeitet hätte. An dieser Auffassung ist festzuhalten. Der Wortlaut des Tarifvertrages spricht für die Auffassung der Vorinstanz. Anders wäre die Rechtslage, wenn abnorme Verhältnisse vorlägen; doch wird dies von der Vorinstanz ausdrücklich verneint.

— Änderungen in der Krankenversicherung. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium teilt im Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung Nr. 20 vom 15. Oktober u. a. mit: Nach den Berichten haben die Krankenkassen die natürlichen Schwierigkeiten des Uebergangs von alten zum neuen Rechte im allgemeinen überwunden. Sie wurden dabei von der Einsicht der Versicherten unterstützt. Wo Kassenorgane Widerstand geleistet haben, werden diese inzwischen auf dem Wege des Gesetzes zurückgekehrt sein. Das Recht, öffentlich-rechtliche Angelegenheiten in Selbstverwaltung zu nehmen hat Treue gegen das Gesetz zur Voraussetzung. In Rundschreiben an die Versicherten haben einige Kassen den Inhalt der Verordnung des Reichsarbeitsministers in einer Weise mitgeteilt, die einer politischen Einwirkung auf die Versicherten gleichkommt. Für den Inhalt der Verordnung trägt die Reichsregierung die Verantwortung. Die Krankenkassen haben die Verordnung nach Sinn und Zweck durchzuführen und sich im dienstlichen Verkehr jeder politischen Tätigkeit zu enthalten. Wer Krankenhilfe verlangt, hat dafür einen Krankenschein zu lösen. In dringenden Fällen kann der Versicherte den Schein nachher holen. Die Gebühr wird bei der Ausstellung des Scheines fällig, sie gilt für die ganze Dauer der Versicherungsdauer, ohne Rücksicht auf den Umfang der notwendigen Leistungen. Hat eine Krankenkasse den Krankenschein nur auf Zeit auszustellen, so hat sie ihn bei Fortdauer des Versicherungsfalles gebührenfrei zu verlängern. Gewährt ein Träger der Unfallversicherung einem Verletzten Krankenbehandlung, so ist dafür ein gebührenpflichtiger Krankenschein nicht erforderlich; dieser kommt nur für Kassenleistungen in Betracht.

— Breunig. Kurvenumbau. Endlich wird es Ernst werden mit der Beseitigung der einseitigen Verkehrsbehinderung bildenden Straßenturme beim Grundstück Nr. 120 h im oberen Ortsteile. Am 15. Oktober ist das Straßen- und Wasserbauamt Bautzen vom Ministerium beantragt worden, sofort die Ausschreibungen der Arbeiten für den Kurvenumbau auf der Staatsstraße vorzunehmen. Wenn die Witterung es erlaubt, sollen noch in diesem Jahre die Arbeiten ausgeführt und möglichst beendet werden.

— Ramenz. Stand von Tierseuchen. Der amtliche Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Tierseuchen in Sachsen am 15. Oktober d. J. verzeichnet für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Ramenz: Ansteckende Blutarmut der Einhufer in 2 Gemeinden und 2 Gehöften; Bienenseuchen (Faulbrut) in 4 Gemeinden und 12 Gehöften.

— Bischofswerda. Ausbruch der Faulbrutseuche im Bischofswerdaer Bezirk. Unter dem Bienenbestande des Tischlermeisters Ernst Hofmann in Schmölln Nr. 53 ist die Faulbrutseuche amtlich festgestellt worden, weshalb seitens der zuständigen Amtshauptmannschaft Bauzener einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung und Weiterverbreitung dieser gefährlichen und ansteckenden Seuche für folgende Orte getroffen wurden: Wöltau, Rynitzsch, Bischofswerda, Belmsdorf, Nieder- und Oberpuzlau, Tröbig und Raundorf, Cossern, Medewitz, Demitz-Thumitz und Schmölln.

— Stolpen. Betrüger am Werk! Bei Handwerksleuten spricht hier ein Fremder vor, der der Aufmachung nach als Landwirt auftritt und sich auch als solcher ausgibt. Er trägt blaue Schürze und hat eine Tabakspfeife bei sich und gibt an, aus einem Dorfe der weiteren Umgegend zu stammen. Er gibt zunächst eine Bestellung auf. Nach einiger Zeit erscheint er wieder und erkundigt sich, diesmal hat er eine Fuhre Kartoffeln dabei, die er irgendwohin angeblich abzuliefern hat. Er erklärt schließlich den Handwerksleuten, daß er Pech gehabt hätte, indem sein Knecht ihm weggefahren sei, während auf dem Wagen seine Sack mit der Brieftasche liege. Er habe nun doch noch einige Besorgungen zu machen, weshalb die Sache außerordentlich fatal sei. Da den Leuten die Meinung, einen biederen Landwirt vor sich zu haben, sehr geschickt vorgebracht wurde, sehen sie nicht an, dem neuen Kunden eine Summe zu „leihen“. Wenn sie sich nach einiger Zeit nach dem angeblichen Bauer in dem angegebenen Dorfe erkundigen, stellen sie fest, daß dieser gar nicht existiert. Der Betrüger ist etwa 60 Jahre alt.

— Dresden. Der Landesauschuß des Verbandes der Posannenchöre des sächsischen Jungmännerbundes, der 245 Chöre mit 2500 Bläsern umfaßt, hielt vor kurzem seine diesjährige Sitzung in Dresden ab. Mit Befriedigung wurde von dem Wachstum der Posannenchöre und von deren zunehmender Wirksamkeit in Turmblasen und posannemissionarischen Veranstaltungen Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, am 2. Trinitatissonntag, dem 14. Juni 1931, wieder ein großes gemeinsames Landesposannenfest über ganz Sachsen in Dresden abzuhalten. Zu der jetzt vielfach ausgetragenen Frage der Mitwirkung der Posannenchöre im Gottesdienst wurde erklärt, daß dafür nur leistungsfähige Chöre im Einvernehmen mit dem zuständigen kirchenmusikalischen Beamten in Frage kommen, daß aber eine grundsätzliche Ablehnung der Posannenchöre im Gottesdienst, wie sie hier und da gefordert wird, von den Posannenchören nicht anerkannt und von den Gemeinden nicht getragen werden würde.

— Dresden. Stilllegung der Horschwerke. Wie das „Sächsische Volksblatt“ erfährt, haben die Horschwerke beim Arbeitsministerium die vollständige Stilllegung des Zwickauer Werkes beantragt. Bereits am Dienstag sollen die vom Arbeitsministerium angeordneten Verhandlungen stattfinden.

— Dresden. Großballer-Kapitel der sächsischen Einheiten des Jungdeutschen Ordens. Die Pressstelle der Volkshationalen Reichsvereinigung teilt dem Ill. mit: Am Sonntag vormittag fand in Dresden ein erweitertes Großballer-Kapitel der sächsischen Einheiten des Jungdeutschen Ordens statt, an dem reichlich 1000 Ordensführer und -führerinnen teilnahmen. Der Hochmeister des Ordens, Arthur Mahraun, legte in seiner Rede die Gründe dar, die den Orden zur Unterstützung der Deutschen Staats-

partei sowie nach der Wahl zur Trennung von ihr veranlaßt habe. Er fand mit seinen Ausführungen die einhellige Zustimmung der Anwesenden. Man sah ein, daß der Austritt aus der Staatspartei in dem Augenblick unabwendbare Pflicht geworden war, als es klar wurde, daß die Demokraten in der Staatspartei nicht, wie die Volkshationalen, etwas Neues, eine neue staatspolitische Bewegung, sondern lediglich die Fortführung der alten demokratischen Partei unter einem neuen Namen wollten. Nach einem Referat des Großkommandanten Abg. Vasse über die Haltung der Volkshationalen im Landtag wurde auch deren Politik einmütig als die einzig mögliche und richtige gebilligt. Ebenso fand sowohl die Haltung der Reichsleitung wie auch der Landtagsabgeordneten am Sonntag nachmittag in einer Landesversammlung der Volkshationalen Reichsvereinigung in Sachen deren einhellige Billigung. Der Reichsführer Mahraun hielt auf dieser Tagung eine flammende Anlagerebe gegen den Bolschewismus, die nach der Feststellung, daß der im Reichstag eingebrachte nationalsozialistische Entgegnungsantrag „geeignet sei, den letzten Rest des Eigentumsbegriffes im deutschen Volke vollkommen zu vernichten“, in folgenden Forderungen ausklang: Zurückziehung des nationalsozialistischen Antrags, oder Reichstagsauflösung, geschlossener Kampf der Regierung gegen die Bolschewisierung Deutschlands und infolgedessen sofortige Ausweisung aller bolschewistischen Agenten, Anklageerhebung wegen Landesverrats gegen alle Deutschen, die unmittelbar oder mittelbar der Aufrüstung der Roten Armee Vorschub leisten, sofortige Verhandlungsaufnahme mit den Westmächten zur Aufrüstung des deutschen Heeres. Nur eine Regierung, die den entschlossenen Kampf gegen den Bolschewismus aufnehme, könnte von den Volkshationalen unterstützt werden. An den Reichswirtschaftsminister Groener wurde die Aufforderung gerichtet, unbedingt jetzt auf seinem Posten zu bleiben. — Diese in Form einer Entschließung vorgetragenen Forderungen Mahrauns fanden die stürmische Zustimmung aller Anwesenden.

— Töbau. Mittergutskauf. Wie wir berichteten, hatte bei der vor dem hiesigen Amtsgericht festgesetzten Zwangsversteigerung des Mittergutes Särka bei Weizenberg, am 3. Oktober das hiesige Kornhaus mit 282 500 Reichsmark das einzige Gebot abgegeben. Nun hat das Kornhaus das Mittergut zu dem gleichen Preise an Herrn Dr. Robert Wanke in Ebersbach käuflich abgetreten, dem vom Amtsgericht der Zuschlag erteilt worden ist.

— Hainichen. Austritt aus der KPD. Der „Hainichener Anzeiger und Tageblatt“ berichtet: „Die gestrige (Freitag) Stadtverordnetenversammlung brachte gleich am Anfang eine Sensation! Noch vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff der kommunistische Stadtverordnete Hübsch das Wort und wandte sich gegen den kommunistischen Stadtverordneten Mehnert! Hübsch sprach Mehnert mit „Herr“ und „Sie“ an und gab bekannt, daß Mehnert aus der KPD ausgetreten und als Vertreter dieser Partei im Stadtverordnetenkollegium nunmehr Hübsch allein anzusehen sei. Darauf ergriff Mehnert das Wort und begründete seinen Austritt aus der Partei. Er erklärte, daß er ehrlich und offen für die Interessen der Arbeiterschaft gekämpft habe und kämpfen wolle, dies aber innerhalb der kommunistischen Partei unmöglich sei. Auch in der kommunistischen Ortsgruppe habe er die herrschende Korruption und die Diktatur des Herrn Hübsch die „Subelei“ mache er, Mehnert, aber nicht mehr mit und deshalb trete er aus der KPD aus. Sein Mandat lege er nicht nieder, da sein Nachfolger auf der kommunistischen Liste ebenso wenig wie Hübsch die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft wahren würde. Man meldete sich Hübsch wieder. Er wies die persönlichen Angriffe Mehnerts zurück und fragte ihn, warum er durch den Austritt aus der Partei einem Urteilspruch der kommunistischen Bezirksleitung über die hier vorhandenen Differenzen zuvorgekommen sei. Mehnert erklärte hierzu, daß die Bezirksleitung genau so sei wie Hübsch. — Die Aussprache zwischen Hübsch und Mehnert wäre noch weitergegangen, wenn nicht der Sitzungsleiter, Stadtverordneterbischof Dr. Reif, dringend um Schluß der persönlichen Auseinandersetzungen gebeten hätte und in die Tagesordnung eingetreten wäre. — Jetzt ist also die kommunistische Zweimänner-Fraktion im Hainichener Stadtparlament gespalten und steht man zur Rechten wie zur Linken . . .“

— Leipzig. Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitproblem. Hierzu schreibt die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, in ihrem letzten Wirtschaftsbericht vom 18. Oktober 1930: Die viel umstrittene Frage, ob der allgemeine Lohnabbau dem allgemeinen Preisabbau vorausgehen soll oder ob man besser den umgekehrten Weg einschlägt, beweist, wie sehr auch hier politische Wünsche in Wechselwirkung zu wirtschaftlichen Notwendigkeiten stehen. Seitender Gesichtspunkt bleibt selbstverständlich nach wie vor das Streben nach erweiterter Arbeitsbeschaffung, wobei man sich darüber klar ist, daß die notwendige Verbilligung der Produktionskosten bei allen Beteiligten einen Verzicht auf Sonder Vorteile und gleichzeitig ein elastisches Anpassen an die Bedingungen der jeweiligen Einzelverhältnisse verlangt. Zweifelhaft erscheint allerdings, inwieweit es gelingen könnte, ähnlich wie 1918 in der sog. Arbeitsgemeinschaft Unternehmer und Arbeiter zu gemeinsamen und einheitlichem Vorgehen zusammenzubringen. Denn nur so ließe sich für den kommenden Winter eine weitere Radikalisierung der Stimmung vermeiden, wie sie sich bereits in der Rißigkeit des Berliner Metallarbeiterstreiks andeutet, wobei an Hand statistischer Angaben bemerkenswert ist, daß der bisherige Verlauf dieses Jahres seit 1924 die geringste Zahl an Streiks und Aussperrungen aufweist. Vor allem wird es wichtig sein, zu versuchen, eine größere Anzahl Erwerbsloser wieder in den allgemeinen Arbeitsgang einzugliedern, um sie auf diese Weise den für Körper und Geist gleich ungünstigen Einflüssen des fortgesetzten Nichtstuns zu entziehen. Im Hinblick hierauf ließe sich sogar — wenigstens in gewissen Grenzen — mit in Kauf nehmen, daß bei einer Verbindung von Lohnabbau und

Arbeitszeitsverlängerung zunächst nur eine personelle Verschiebung von Arbeitslosigkeit und Konsumkraft eintreten würde und daß weiter bei einer etwaigen mehr oder weniger strengen Durchführung des Gedanken der Arbeitsdienstpflicht vorausichtlich mit einer wenn auch nur zeitweisen „Verminde- rung des Arbeitseffektes“ zu rechnen wäre.

Leipzig. Kaiser Abjuch eines reichen Lebens. Seit dem 15. Oktober wurden der 75 Jahre alte Kantor i. N. Emil Köhler und seine gleichaltrige Ehefrau nicht mehr gesehen. Als die Wohnung geöffnet wurde, fand man die Eheleute gasvergiftet tot in der Küche vor. Die Eheleute hatten sich um den Ofen gesetzt und waren dabei eingeschlafen. Der Ehemann, der neben dem Gasofen geessen hatte, muß im Schlaf versehentlich mit dem rechten Arm einen Gashebel geöffnet haben. Die Eheleute lebten in guten Verhältnissen und waren noch sehr lebensfreudig.

Waldheim. Unregelmäßigkeiten bei der Girokasse? In der letzten Stadtvorordnetenitzung wurde ein Mißtrauensantrag gegen den stellvertretenden Bürgermeister, Stadtrat Hempel, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Hausbesitzer und Nationalsozialisten angenommen. Es soll sich um zu hohe Kreditgewährungen seitens der städtischen Girokasse, für die Hempel verantwortlich ist, handeln. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Slonik. Hartnäckige Brandstifter. Eine Scheune des Rittergutes Hartmannsgrün wurde mit Erntevorräten und Maschinen vom Feuer vollständig vernichtet. Dem tatkräftigen Eingreifen der Wehr ist es gelungen, das angebaute Wohnhaus erhalten zu können. Bereits am 13. Oktober ist eine Scheune deselben Gutes eingäschert worden. Man vermutete damals wie auch heute Brandstiftung.

Crimmitschau. Gräßlicher Unfall bei einer Feuerwehrrübung. Bei einer Feuerwehrrübung stürzte ein Feuerwehrmann so unglücklich auf einen eisernen Zaun, daß die langen Spigen tief in den Rücken des Unglücklichen eindrangen. Er wurde in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Gegen Steuerfuchen und Kapitalflucht.

Die Gegenrechnung der Beamenschaft. Der Landesbund Sachsen des Deutschen Beamtenbundes verbreitet eine Kundgebung, in der er u. a. folgendes feststellt:

Entgegen Artikel 134 der Reichsverfassung, wonach als Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu den öffentlichen Lasten beitragen sollen, sind im Rechnungsjahr 1929 reichlich zwei Drittel Reichseinnahmen von der Masse des Volkes und nur knapp ein Drittel von den bestehenden Kreisen aufgebracht worden.

Mehr als zehn Milliarden deutschen Kapitals sind in das Ausland gebracht und der Besteuerung und der deutschen Wirtschaft entzogen.

Durch die Lohnsteuer wird das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bis auf den letzten Pfennig versteuert, während im Jahre 1929 insgesamt an veranlagter Einkommensteuer 176 Millionen Mark nachgefordert und 3,1 Millionen als Geldstrafen für Steuerhinterziehungen ausgeworfen werden mußten.

Am 1. April 1930 betrug die Gesamtsumme der Rückstände bei den Besitz- und Verkehrsteuern 532 977 000 Mk.; dazu sind im Jahre 1929 der Wirtschaft 1 148 Millionen Mark Kredite zugeslossen; außerdem leistete das Reich für 1 189 Millionen Mark Garantien.

Der Landesbund Sachsen des Deutschen Beamtenbundes fordert Abkehr von der bisher im Deutschen Reich betriebenen arbeitnehmer- und verbraucherfeindlichen Wirtschafts- und Steuerpolitik, gerechte Verteilung der Lasten, Offenlegung der Steuerlisten, Verfassung des rechtlichen Schutzes für nicht versteuerte Vermögen und Einkommen, durchgreifende Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht, und erwartet von der sächsischen Regierung, daß sie den Plänen der Reichsregierung entgegentritt.

Curtius vor dem Reichstagsausschuß.

Debatte über die Genfer Tagung. Berlin, 21. Oktober.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der am Montag nachmittag unter Vorsitz des Abg. Dr. Fric (Nath.) zusammengetreten war, berichtete Außenminister Curtius ausführlich über die Genfer Verhandlungen. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Am Mittwoch dem 29. Oktober wird sich der Auswärtige Ausschuß mit den Anträgen über die Schutz- und Revisionsmöglichkeiten des Young-Planes befassen.

Die erste Vorlage des Finanzprogramms.

Reichsfinanzminister Dietrich hat dem Reichstag und dem Steuerauschuß des Reichstages den Entwurf einer Verordnung zur Senkung der Verkehrssteuer nebst Begründung vorgelegt. Die Verordnung soll rückwirkend vom 1. Oktober in Kraft gesetzt werden. Sie stellt den ersten Schritt zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung dar, und zwar schlägt die Reichsregierung eine Senkung der Verkehrssteuern vor, daß der Satz der Gesellschaftsteuer allgemein 2 Prozent, bei Vollfusionen, Umwandlungen und Sanierungen 1 Prozent, die Grunderwerbsteuer bei Einbringung von Grundstücken im Betriebe 2 Prozent betragen und die Wertwachssteuer in solchen Fällen wegfallen soll.

Das Amnestiegesetz endgültig angenommen.

Berlin. Nach der endgültigen Abstimmungsliste ist das Amnestiegesetz im Reichstag mit 394 gegen 174 Stimmen bei einer Enthaltung, also mit mehr als Zweidrittelmehrheit, angenommen worden. Zwei Stimmentzettel waren unglücklich. Gegen das Gesetz haben außer 140 Sozialdemokraten noch 7 Mitglieder der Bayerischen Volkspartei gestimmt, und zwar die Abgeordneten Gerauer, Helmerich,

Herbert (Franken), Huth, Voibl, Dr. Pfleger und Troßmann (Nürnberg). Der Stimme enthalten hat sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Köhler.

Reichstag und Reichsarbeitsminister.

Was wird aus dem Berliner Metallschiedspruch?

Nachdem am Sonnabend die Frist zur Erklärung des am 10. d. M. gefällten Schiedspruchs zum Metallarbeiterkonflikt abgelaufen war, hatte man mit der sofortigen Eröffnung der verfahrensmäßig festgelegten Nachverhandlungen gerechnet. Diese haben durch den Mehrheitsbeschuß des Reichstages insofern eine Verzögerung erfahren, als der Reichsarbeitsminister zunächst durch die Kronjuristen nachprüfen lassen muß, ob das Reichsarbeitsministerium einem Mehrheitsbeschuß des Reichstages sich auch dann fügen müsse, wenn es sich, wie in dem arbeitsrechtlichen Schiedsverfahren, um reine Verwaltungsangelegenheiten handle. Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß bei der Wichtigkeit dieser Entscheidung genügend Spielraum zu einer Klärung gewährt werden müsse, und daß infolgedessen die Nachverhandlungen sich noch einige Zeit hinauszögern könnten.

Die Stellungnahme des Arbeitsministers.

Vor neuen Güterverhandlungen im Berliner Metallarbeiter-Streit.

Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, am Dienstag die Einladungen an die Parteien im Konflikt in der Berliner Metallindustrie zu neuen Güterverhandlungen, wie sie im Gesetz vorgesehen sind, herausgehen zu lassen. Der Zeitpunkt des Beginns dieser Verhandlungen steht noch nicht fest. Es trifft auch nicht zu, daß der Reichsarbeitsminister bereits seine Haltung gegenüber dem erlassenen Lohnschießspruch dahin festgelegt habe, daß er den Schiedspruch fallen zu lassen gedente, um den Parteien die Fortdauer des bisher geltenden Tarifzustandes für einige Monate zu empfehlen.

Das Reichsarbeitsministerium legt im gegenwärtigen Stadium der Dinge entscheidenden Wert darauf, seine eigenen Anschauungen und Pläne nicht der Öffentlichkeit bekannt zu geben, damit jede Beeinflussung der Verhandlungen vermieden wird. Zurzeit wird auch erst im Arbeitsministerium die Frage geprüft, ob und inwieweit etwa der Arbeitsminister durch den Mehrheitsbeschuß des Reichstages auf Nichtverbindlichkeitsklärung des Lohnschießspruches gebunden ist. Die Vorgänger des Arbeitsministers, die Abgg. Brauns und Wissell, sind der Meinung, daß ein Eingreifen in ein gesetzlich vorgeschriebenes Verfahren durch einen Reichstagsantrag nicht möglich ist.

Ergebnislose Arbeitszeit-Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen. Die Verhandlungen zwischen Zehnerverband und Bergarbeiterverbänden über das Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften gekündigt worden ist, sind ergebnislos verlaufen. Die Verbände bestanden auf ihrer Forderung auf Kürzung der Arbeitszeit unter Tage um eine Stunde. Der Zehnerverband lehnte diese Forderung ab, weil damit eine solche Steigerung der Selbstkosten verbunden sein würde, daß der Absatz im Ruhrbergbau weiter nachlassen und weitere Entlassungen und Einschränkungen die Folge sein müßten. Anfang November wird sich der Schlichter weiter mit der Sache beschäftigen.

Rußlands Gegenmaßnahmen.

Kowno, 21. Oktober. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion beschlossen, daß diejenigen Länder, die die russische Ausfuhr bekämpfen, in Zukunft keine größeren russischen Bestellungen mehr erhalten dürfen. Weiter wurden mit sofortiger Wirkung sämtliche Vorrechte für die Durchfuhr von Waren aus den gleichen Ländern aufgehoben.

Owen Young nach Europa unterwegs.

New York. Die Gerüchte, wonach Owen Young, der an Bord der „Leviathan“ nach Europa unterwegs ist, vor der Abreise eine lange Aussprache mit Präsident Hoover über ein Moratorium und die Möglichkeit einer Einstellung der Alliierten-Schuldenzahlung gehabt haben soll und daraufhin die Informationsreise angetreten habe, werden von amtlicher Seite zwar dementiert. Man nimmt jedoch in hiesigen Finanzkreisen an, daß Young, der von Dr. Schacht über die Unmöglichkeit der Fortsetzung der Reparationszahlungen auf das Beste informiert wurde, während seines Aufenthalts in Europa mit den verantwortlichen Stellen sprechen wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Riesenbetrugs- und Wechselrächer-Prozess.

Dresden, 20. Oktober. Ein Riesenbetrugs- und Wechselrächer-Prozess begann am 20. Oktober vor dem Gemeinsamen Dresdner Schöffengericht. Angeklagt sind die Kaufleute Alfred Besenbruch, Walter Busch und Kurt Ebert aus Leipzig. Erstere beiden sind vorbestraft und befinden sich in Untersuchungshaft. Für die Dauer der Verhandlung sind 4 Tage vorgesehen. Aktenbündel von riesigen Dimensionen bedecken den Gerichtstisch. Aus allen Teilen Deutschlands kommen Zeugen, die zumeist durch die Hauptangeklagten Besenbruch und Busch durch Hergabe von Darlehen, Interessen-Einlagen u. a. geschädigt wurden. Ebert hat eine mehr passive Rolle gespielt und den Namen hergegeben. Unter der Firmenbezeichnung Ebert & Co., Vereinigte Faserstoffwerke, hatten die Angeklagten sich in der Thalmühle in Pirna-Jessen etabliert und suchten zahlende Interessenten durch Zeitungsinsertate. Früher betrieben sie in Rattersch ein Unternehmen. Auch hier arbeiteten sie ebenso. Die ihnen zur Last gelegten Wechselrächerungen verübten die Angeklagten zum Schaden des früheren Leipziger Rechtsanwalts Dr. Münch, dem nach Anzeigen wegen Verleitung zum Meineid die Ausübung der Praxis untersucht wurde, und der immer in Furcht lebte, von Besenbruch erpreßt zu werden. Die

Angeschlagten Besenbruch und Busch bezichtigten sich gegenseitig der Fälschung der Wechsel. Zur Klärung dieses Punktes ist ein Schriftensachverständiger vom Polizeipräsidium Dresden geladen. Der erste Verhandlungstag brachte die Vernehmung von etwa zehn meist auswärtigen Zeugen. Die Verhandlung dauert fort.

Die Zwangsversteigerung in Pilskallen.

Ein Prozeß gegen ostpreussische Bauern. — 70 Zeugen geladen.

Königsberg. Unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann vor dem Schöffengericht in Königsberg der Prozeß gegen die ostpreussischen Bauern wegen der Vorgänge anlässlich einer Zwangsversteigerung in Pilskallen im Sommer dieses Jahres. Zahlreiche Landwirte aus Ostpreußen mußten wieder umkehren, da sich der große Saal als viel zu klein erwies. Zu den Verhandlungen sind über siebzig Zeugen geladen. Der Prozeß wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Es handelt sich in dem Prozeß um folgendes: Am 17. Juli fand in Pilskallen die Zwangsversteigerung eines landwirtschaftlichen Betriebes statt, wozu sich aus der Provinz zahlreiche Landwirte eingefunden hatten, nach amtlicher Schätzung etwa 500. Bei dieser Demonstration kam es zu Zwischenfällen. Um die Ueberfüllung des Saales zu vermeiden, verlangte der Leiter der Versteigerung, daß die Zuschauer auf den Hof gehen sollten, man werde bei offenen Fenstern verhandeln. Schon bei dem Abdrängen der Menge auf den Hof kam es zu Reibereien zwischen den Bauern und der Polizei, die nach Aussage der Landwirte außerordentlich schroff vorgegangen und eine erhebliche Nervosität an den Tag gelegt haben soll. Auf dem Hof kam es dann zu einem Zusammenstoß mit der Polizei,

bei dem die Beamten von dem Gummitüppel Gebrauch machten. Dabei wurden aber einige Verhaftungen vorgenommen. Vier ostpreussische Landwirte blieben trotz aller Proteste während der dringenden Erntearbeiten wochenlang in Untersuchungshaft. Von Regierungsseite werden die Zusammenstöße so dargestellt, als seien die Polizeibeamten von den Bauern tätlich angegriffen worden. Demgegenüber weist man von Seiten der Bauern auf die Nervosität der Polizeibeamten hin. Man habe sich angesichts ihrer unbegründeten Siebe mit dem Gummitüppel, die sie ausstülten, in Notwehr befunden. Anschließend an diese Vorkommnisse in Pilskallen erfolgten dann bei Landwirten, die der Bauernbewegung nahestanden, Hausdurchsuchungen.

Die Angeklagten ohne Verteidiger.

Zu Beginn der Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Klutke-Stallpöten Vertagung oder Unterbrechung der Sitzung bis Freitag, da der Hauptverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune-Göttingen, durch den Bombenprozeß in Altona festgehalten sei. Die Anwesenheit Dr. Luetgebrunes sei aber erforderlich, da in der Verhandlung festgestellt werden soll, ob Verbindungen einer vom Gericht angenommenen Ostpreußenorganisation für Gewalttaten mit ähnlichen Organisationen in Schleswig-Holstein bestanden hätten. Der Vorsitzende teilte dann nach kurzer Beratung mit, daß das Gericht den Vertagungs- oder Aussetzungsantrag abgelehnt habe. Diese Mitteilung rief bei der Hörerschaft erhebliche Erregung hervor. Rechtsanwalt Klutke erklärte dann, daß er nach Ablehnung des Vertagungsantrags die Verteidigung niederlegen müsse, da er sie nur in Gemeinschaft mit Dr. Luetgebrune übernommen habe.

Beginn der Vernehmung.

Das Gericht begann dann mit der Vernehmung des Angeklagten Rittergutsbesitzer von Platen-Kahborn, der zunächst schilderte, wie es zur Gründung der Bauernnotbewegung kam.

Zu den Versteigerungen gingen 300 bis 400 Bauern, um dem Schuldner gewissermaßen Rückhalt zu geben. Worin dieser Rückhalt bestehen sollte, weiß von Platen nicht, ebenso ist ihm über Schlägereien und tätliche Angriffe bei den Terminen nichts bekannt. Angeklagter von Weiß - Dr. Plauen sprach im Namen der Männer, die die Bauernbewegung geführt haben. Alle hätten Erzeße, wie sie zur Anklage stehen, nicht gewollt und verurteilt. „Wir wollen uns wehren, damit wir nicht zugrunde gehen.“ Dies sei die Parole der Notbewegung. Um Unflutheten gerade vorzubeugen, habe er, hätten die Führer sich freiwillig an die Spitze gestellt. Sie wären beim Reichsanwalt gewesen, um einen Aufschub wollten sie bitten, einen Vollstreckungsschutz, wie er in den letzten Wochen jetzt auch verhängt wurde. Warum hatte Brüning damals nicht sofort etwas getan?

Der Bauer Thymian schließt mit den Worten: „Bauernblut ist zu schade, um im Kampfe gegen die Staatsorgane vergossen zu werden.“

Der Bauer Döppner verweigerte die Aussage, weil sein Rechtsanwalt, Dr. Luetgebrune, ihm nicht zur Seite stehe. Er fühle sich nicht juristisch genügend vorgebildet, um diese Vernehmung aushalten zu können.

Auch die anderen drei wegen „Aufruhrs“ angeklagten Bauern verweigerten jede Aussage, da sie sich juristisch nicht sicher fühlten. — Nach einer kurzen Pause begann dann die Zeugenvernehmung. Die Belastungszeugen schildern alle dasselbe: Erregung unter den zusammengeströmten Bauern wegen der riesenhaften Not, erste Zwischenrufe, Drängeln, vielleicht auch Drohungen, Tätlichkeiten nur im Gefühlsbereich. Ein Assessor, der eine Versteigerung leitete, sagte: „Wenn ich Schupo herangeholt hätte, dann wäre es vielleicht gefährlich geworden.“

Munitionsfabrik in Flammen.

Acht Tote, 15 Verletzte. Prag, 21. Oktober.

In der Preßburger Fabrik der Firma Roth entzündete am Montag nachmittag eine Patrone die Pulvermischungen für militärische Leuchtraketen. Durch die Explosion entstand ein Brand, der rasch um sich griff. Infolge des starken Luftdruckes bei der Detonation wurden sämtliche Arbeiter bis auf zwei Werksführer, denen es gelang, sich in Sicherheit zu bringen, zu Boden geworfen. Bisher wurden acht Tote, zwei Schwer- und 13 Leichtverletzte festgestellt.



Gasthof zur weißen Taube Weißbach

Sonntag, den 26. und Montag, den 27. Oktober 1930

Große Kirmes

Konsumverein Pulsnitz

Donnerstag:

frischen Seefisch

kopflös Pfund 45 Pfg.

Geschäfts-Drucksachen

In geschmackvoller Ausführung liefert schnell u. preiswert

die Buchdruckerei des Pulsnitzer Tageblattes

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit in so reichem Masse dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst

Max Hauptmann u. Frau Emma geb. Kaiser

Pulsnitz M. S., den 15. Oktober 1930

Das Blatt der Frau von Welt:

die neue Linie

Eine Zeitschrift, die in schönster Ausstattung Richtlinien der gepflegten Lebensführung, der kultivierten Geselligkeit, des genußvollen Reisens und der modernen Häuslichkeit gibt, nicht zuletzt aber erstklassige Vorbilder für die Kleidung nach den besten Modellen der Weltmode.

Heftpreis 1.-Mark.

Jeden Monats-Beginn neu BEYER-VERLAG, LEIPZIG-BERLIN

Die haltbarsten roten u. gelben **Winter-Kartoffeln** einwandfrei im Geschmack und Sortierung, offeriert billigst von frischen Eingängen, auf Wunsch frei Haus

Gustav Bombach Niederlage Bahnhof Pulsnitz, Telefon 64

Mittwoch früh frisch eintreffend

Schnellfisch-Goldbarsch kopflös. In weißes Fischfilet, ungefaltene Heringe bei **Heemann Fühlich** Ruf Nr. 284

Pa. Senftenberger Briketts in allen Formaten liefert prompt

H. Herzog Bischofheim - Gersdorf

5-Uhr-Ladenschluß am Weihnachtsabend.

Gpd. Im vorigen Jahre mußte auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erstmalig der Ladenschluß am Weihnachtsabend bereits um 5 bzw. 6 Uhr stattfinden. Die jetzt vorliegenden Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1929 nehmen größtenteils auch zu der Frage der Durchführung dieses früheren Ladenschlusses Stellung. Wir geben die Äußerungen nachstehend auszugswise wieder:

Arnberg: „Das Gesetz hat sich im allgemeinen reibungslos durchführen lassen. Die Käufer haben sich sofort dementsprechend eingestellt, und die Industrie hatte in größerem Umfange die Lohnzahlungen so rechtzeitig durchgeführt, daß die erforderlichen Einkäufe bereits am Tage vor Heiligabend getätigt werden konnten. So war denn zu einem großen Teile zu beobachten, daß der Geschäftsverkehr in den frühen Nachmittagsstunden am Heiligabend bereits sehr still war.“

Berlin: „Das durch Gesetz vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) bestimmte frühere Ladenschluß am Weihnachtsabend wird nicht von allen Geschäftsinhabern begrüßt worden ist, bedarf wohl kaum der Erwähnung.“

Breslau: „Das Gesetz über den Ladenschluß am 24. Dezember vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) ist mit erfreulichem Verständnis der Beteiligten, auch des Publikums, ohne Schwierigkeiten durchgeführt worden.“

Düsseldorf: „Der durch Gesetz vom 13. Dezember 1929 vorgeschriebene frühe Ladenschluß am Heiligabend hat sich zum großen Teil, dank der aufläuternden Tätigkeit von Presse, Geistlichkeit, Gewerkschaften, Frauenvereinen u. a., ohne Schwierigkeit durchführen lassen. In den Außenorten der größeren Städte sind jedoch vereinzelt Klagen, besonders im Lebensmittelhandel, laut geworden, daß der Bedarf an Lebensmitteln für die Weihnachtstage vorwiegend im Stadtbinnen, z. B. in Warenhäusern, gedeckt worden sei, weil die Käufer sich bis zum Ladenschluß noch in der Innenstadt aufgehalten haben.“

Hannover: „Der durch das Sondergesetz vom 13. Dezember 1929 für die offenen Verkaufsstellen festgesetzte frühe Ladenschluß am Heiligen Abend ist, soweit beobachtet werden konnte, in Hannover reibungslos durchgeführt worden.“

Koblenz: „Soweit festgestellt werden konnte, hat der frühe Ladenschluß zu den von manchen Arbeitgebern befürchteten wirtschaftlichen Schädigungen nicht geführt.“

Köln: „Das Gesetz über den Ladenschluß am 24. Dezember vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219), wonach offene Verkaufsstellen nur bis 17 und 18 Uhr geöffnet sein dürfen, hat in einzelnen Geschäftskreisen zwar zunächst starken Unwillen hervorgerufen, ist aber schließlich doch reibungslos durchgeführt worden, woran nicht zuletzt die Kaufleute selbst Anteil haben. Wie beobachtet werden konnte, waren um 17 Uhr nur noch wenige Käufer in den Geschäften; in den Lebensmittel- und Gemüsmittelgeschäften, die bis 18 Uhr geöffnet sein durften, herrschte bereits von 17½ Uhr ab ziemliche Ruhe.“

Köln: „Der von den Angestelltenverbänden seit langem angestrebte frühere Ladenschluß am Heiligabend fand durch Gesetz vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) im 5. bzw. 6. Uhr-Schluß seine Erfüllung. Von irgendwelchen Missetänden oder Beschwerden aus dieser Regelung ist nichts bekannt geworden.“

Magdeburg: „Der in diesem Jahre durch das Gesetz vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) erstmalig vorgeschriebene Ladenschluß am Heiligen Abend um 17 bzw. 18 Uhr ist von den beteiligten Kreisen im allgemeinen annehmbar empfunden

und ohne Schwierigkeiten durchgeführt worden. Er dürfte nennenswerte Nachteile für die Geschäfte kaum gebracht haben. Die Geschäfte, für die der 18-Uhr-Ladenschluß vorgesehen ist, hatten in der Zeit zwischen 17 und 18 Uhr so gut wie nichts mehr zu tun.“

München: „Bei der Durchführung des Gesetzes vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) über den Ladenschluß am 24. Dezember sind Schwierigkeiten nicht entstanden; der frühe Ladenschluß wird auch von einem großen Teile der Geschäftsinhaber sehr begrüßt.“

Münster: „Das Gesetz über Ladenschluß am Heiligabend (24. Dezember) um 17 Uhr vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) ist mit geringen Ausnahmen reibungslos durchgeführt worden.“

Osnabrück und Aurich: „Die Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluß am 24. Dezember vom 13. Dezember 1929 (RGBl. I S. 219) hat im allgemeinen keine Schwierigkeiten bereitet. In der Stadt Osnabrück war der 17-Uhr-Ladenschluß am Heiligen Abend schon seit Jahren zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vereinbart und demgemäß allgemein üblich geworden.“

Wespreußen: „Bei der Durchführung des neuen Gesetzes über den 5-Uhr-Ladenschluß am 24. Dezember (RGBl. I S. 219) sind Schwierigkeiten nicht bekannt geworden.“

Wiesbaden: „Die Durchführung hat nach Ansicht der Arbeitnehmerverbände und eines großen Teiles der Arbeitgeber keine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Lediglich in den Vororten von Frankfurt a. M. wurde beobachtet, daß die kleineren Geschäfte infolge Fehlens einer polizeilichen Überwachung nicht rechtzeitig schlossen. . . Die Urteile über die Auswirkungen des Gesetzes in wirtschaftlicher Hinsicht sind nicht einheitlich. Vertreter eines Arbeitgeberverbandes und der Handelskammer in Frankfurt a. M. erklärten, daß der Kleinhandel und die Warenhäuser größtenteils stark geschädigt seien. Nicht betroffen seien einzelne Geschäftszweige mit Handelsartikeln, die nicht erst kurz vor Ladenschluß gekauft würden, z. B. Konfektions-, Möbel- und Wäscheausstattungsgegenstände. Andere Arbeitgeber wieder, darunter auch Besitzer von Warenhäusern, gaben an, sie hätten keine Schädigung feststellen können. Die Bevölkerung sei durch die Werbung der Angestelltenverbände rechtzeitig auf den früheren Ladenschluß hingewiesen worden, so daß nach 16½ Uhr nur noch wenig verkauft worden sei. Aus den übrigen Teilen des Regierungsbezirks sind keine Klagen über Schädigung der Geschäfte bekannt geworden.“

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt hierzu:

„Im Gegensatz zu den immer wieder laut werdenden abspirenden Äußerungen von Einzelhandelsverbänden wird hier erfreulicherweise fast reiflos anerkannt, daß die Durchführung des neuen Gesetzes ohne Schwierigkeiten erfolgt ist und daß sich ungünstige Wirkungen daraus für die Beteiligten nicht ergeben haben. Die Berichte bestätigen damit nur, was die Angestelltenorganisationen und sonstige einsichtige Kreise bereits vorausgesagt haben, daß nämlich Käufer und Verkäufer unter der Geltung des neuen Gesetzes ebenso auf ihre Rechnung kommen würden, wie das bisher der Fall gewesen ist. Ein Teil der Organisationen der Geschäftsinhaber bemüht sich aber auch heute noch, der Öffentlichkeit glauben zu machen, daß das Gesetz mehr Schaden als Nutzen gestiftet habe, daß eine große Anzahl Kaufleute vor verschlossene Türen gekommen sei, daß die Umsätze gegenüber denen von 1928 erheblich zurückgegangen wären und daß zum mindesten eine Rückwärtsbewegung zugunsten des Geschäftsinhabers vorgenommen werden müsse. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen uns nunmehr, was von solchen Behauptungen zu halten ist.“

Wiederaufnahme Dresdens in den Luftverkehr.

Teilweise Freigabe des Flughafens.

Die zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichsministerium geführten langwierigen Verhandlungen über die Aufhebung der vom Reichsverkehrsminister ausgesprochenen Sperre des Dresdner Flughafens haben, wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei bekanntgibt, zu dem Ergebnis geführt, daß der regelmäßige Streckenverkehr sofort wieder aufgenommen werden kann. Lufthansa und Nordbayrische Verkehrsflug-V. G. werden daher voraussichtlich Montag wieder eröffnen. Damit ist den dringenden Bedürfnissen des Dresdner und des sächsischen Luftverkehrs vorläufig entsprochen worden. Lediglich einige neuere Flugzeugmuster werden bis auf weiteres Dresden noch nicht wieder aufsteigen können.

Die von den zuständigen Stellen geforderten Verbesserungen am Flughafen werden mit möglicher Beschleunigung durch die Flughafenbetriebsgesellschaft in Angriff genommen werden. Es ist zu hoffen, daß der Dresdner Flughafen im Frühjahr 1931 allen Anforderungen entsprechen wird, damit seine Freigabe für alle Flugzeugmuster erfolgen kann.

Literatur

Heinz Erich Platte: „3000 nicht schlecht!“ (Erlebnisse eines deutschen Auswanderers in Argentinien.)

Was kann man mit fünfshundert argentinischen Pesos (also bei nahe tausend Mark) nicht alles anfangen! Ich zog meinen neuen blauen Anzug, von dem die Weste bereits bezahlt war, an und lebte zunächst eine Zeitlang herrlich und in Freuden. Als mein Kapital auf hundert Pesos zusammengeschnitten war, kam ich zu der Überzeugung, daß nun doch allmählich etwas geschehen müsse, und ich tat das, was man in solchen Fällen zu tun pflegt: ich dachte scharf nach! Der Weg vom Schnitzmesserverkäufer zum Multimillionär erschien mir etwas zu langwierig; ich glaube auch nicht, daß in Amerika jeder Zeitungsjunge später Verlagsdirektor oder Eisenbahnkönig wird, sonst hätte ich sehr gern auch diese Laufbahn eingeschlagen. Auf alle Fälle war ich mir aber darüber klar, daß es etwas Ungewöhnliches sein mußte, um möglichst schnell und mühelos Geld zu verdienen. Ich hatte keine Lust mich in ausgefahrenen Geleisen zu bewegen und das Heer der Arbeitstiere zu vermehren, die in Buenos Aires unter Verzicht auf jegliche Vergnügungen und Zerstreungen jahraus und jahrein schuften, um schließlich nach fünfzehn oder zwanzig Jahren ein bescheidenes Kapital zusammengeharkt zu haben. Ich dachte also, wie gesagt, scharf nach und erwoog mit Hilfe einiger Cocktails die vorhandenen Möglichkeiten. Bei dem vierten Cocktail kam ich auf eine neue und gewagte glänzende Idee. Der gute Einfall stellte sich ein, während ich die Vergangenheit noch einmal an mir vorüberziehen ließ. Ich mußte daran denken, wie ich damals als unerfahrenes Grünhorn in Buenos Aires angekommen war. Zwar beherrschte ich schon ziemlich die Landessprache, das Spanische, was mich aber nicht davor bewahrte, auf Geratewohl irgendwohin ins Land zu fahren, wo es nichts zu verdienen gab. Wie manchen der frisch Eingewanderten mochte es ebenso ergehen! Die Vermissen, die sich zudem in der ersten Zeit nur mit den Händen verständig machen konnten, hatten ja in der Regel auch nicht die geringste Ahnung von den argentinischen Verhältnissen und aligen in ihrer Hilfslosigkeit einem Schicksal hingegeben, das von seiner Herrin in einem beliebigen Stübchen plötzlich auf die Straße geworfen wird. Und warum lag es, so fragte, ich mich nach dem sechsten Cocktail, daß so mancher dieser bedauernswerten Einwanderer im Hafenviertel von Buenos Aires oder draußen im Staub der Pampa starben und verdarben? Weil — so lautete meine Antwort, indem ich zur Abwechslung einen Kognak genehmigte — es an der richtigen Einwandererberatung fehlte! Gewiß, deutige Gesandtschaft, Beratungsstelle des Deutschen Volksbundes und so weiter — alles gut und schön. Aber es waren doch mehr oder weniger amtliche Stellen, deren Beamte, während sie die eingelernten Spröcklein über die schlechte Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen und über den bodenlosen Leichtsinn des Einwanderers im besonderen, so mir nichts für nichts nach Argentinien zu kommen, herunterlachten, an ihren Kegelklub oder an andere reizvolle Dinge dachten, die mit Einwandererberatung wenig zu tun hatten. — Ich wollte eine Beratungsstelle für Einwanderer gründen, um die große Zahl meiner ahnungslosen Landsleute, die alle in der felsenfesten Überzeugung, man hätte in Argentinien schon lange auf sie gewartet, über den Dzan gegondelt kamen, vor ähnlichen Enttäuschungen, wie ich sie erlebt hatte, zu bewahren.

*) H. E. Platte, „Unter Indianern, Kreolen, Banditen“, ein Reise- und Abenteuerbuch im besten und wahrsten Sinne des Wortes, erscheint demnächst im Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. (reichhaltig illustriert, in Halbleder gebunden 3,70 RM). Wir bringen unseren Lesern aus diesem ausgezeichneten, von köstlichem Humor beherrschten Buch vorstehenden Abschnitt.

Deut - Bericht des Pulsnitzer Tageblattes

Dresden, 21. Oktober. 10 Uhr 35 Min. TU.

Entsetzliches Bergwerksglück bei Aachen

Alsdorf b. Aachen. Dienstag morgen gegen 6½ Uhr ereignete sich im Wilhelmsschacht der Grube Anna des Glückweiler Bergwerksvereines in Alsdorf ein fürchterliches Unglück. Eine Stichtlampe, begleitet von riesigen Rauchwolken, schoß aus dem Schacht hervor. Zwei Förderkörbe sausten in die Tiefe. In kurzer Zeit war der Schachtaufbau dem Erdboden gleichgemacht. In der Nähe der Unglücksstelle stürzten mehrere Häuser ein. Bis auf eine weiter abgelegene Straße zerprangen sämtliche Fensterscheiben. Ein schweres Rollen, einem Erdbeben gleich, machte sich bemerkbar. Der Umfang der Katastrophe ist bisher noch nicht zu übersehen. Nach den letzten Meldungen wurden 22 Tote geborgen, 30 zum Teil schwerverletzte sind im Bradenberger Krankenhaus untergebracht. Ob es sich um eine Schlagwetter-Explosion handelt, steht noch nicht fest.

Sonne und Mond.

22. Oktober: S.-M. 6.39, S.-M. 16.50; M.-M. 7.13, M.-M. 16.55

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Witterungscharakter noch nicht viel geändert, zeitlich und räumlich etwas uneinheitliches Wetter. Teils Nebel oder Hochnebel, teils vorübergehend, besonders in den nördlichen Abhängungen der Mittelgebirge auch bdenartige Bewölkungsverminderung. Größtenteils trocken, aber drückend auf der Hochnebeldecke geringfügige Niederschläge nicht ausgeschlossen. Ein wenig Temperaturrückgang. Im Flachland jedoch tagsüber noch mild. Winde aus südlicher bis westlicher Richtung mäßig, in freieren Gebirgslagen zeitweise etwas aufsteigend.